

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Betrugshilfen und in allen Kreisen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementspreis monatlich (mit Haus 2 RM, halbjährlich 10 RM, jährlich 20 RM, ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbühnenstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach Dresden Nr. 18 090, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schneidung: Dresden-Alt, Oberbühnenstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Montag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die normal gebilligte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Anzeigenzeile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Einzigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Oberbühnenstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dienstag, den 18. Oktober 1927

Nummer 244

Beschlossene Front im Bergarbeiterstreik

95 Prozent Streikbeteiligung / Heßfeldzug der Unternehmer / Die Kapitalisten schreien nach militärischem Einschlag / Polizei und Technische Nothilfe gegen die Streikenden

Die Gendarmerie rückt ein

Halle, 17. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie die Streikleitung des Bergarbeiterstreiks mitteilt, ist die Reibungslosigkeit allgemein erfolgt. Nur wenige Streikbrecher arbeiten. Die Hoffnungen der Grubengewaltigen, daß die Bergarbeiter nur zu 40 bis 50 Prozent der Aufforderung zum Streik Folge leisten würden, haben sich nicht erfüllt. 85 bis 95 Prozent streikten schon heute, und die Streikleitung hofft, daß am Dienstag früh in allen Betrieben reiflos die Arbeit niedergelegt ist. In Geiseltal, wo sich die Gruben für das Leunaerwerk befinden, sind trotz der härtesten Gegenmaßnahmen der Unternehmer von 7800 Mann Belegschaft sofort 7200 in den Kampf eingetreten. Auch in Golpa bei Bitterfeld — von dieser Grube aus wird das Kraftwerk Jilchornewitz versorgt — streikten von 3500 Mann Belegschaft 3000.

Die bürgerliche Presse setzt bereits heute mit einer wüsten Heße gegen die Streikenden ein und fordert von der Bürgerblockregierung härtestes Eingreifen. Die Tägliche Rundschau des Herrn Strejmann sorgt für die nötige scharfmäckerische Stimmung gegen die Streikenden und schreibt: „In allen Revieren wird, wie man uns erklärt, harter Streikterror betrieben. Truppen von 50 bis 60 Personen durchziehen die Straßen und verhaften die Weiswüßigen mehr oder weniger gewaltsam zu bestrafen. Im Anhalter Revier ist es bereits in einem Falle dazu gekommen, daß die Terroristen gewaltsam in eine Grube eingedrungen sind, wo es mit den Arbeitwilligen zu Schlägereien gekommen ist. Bis jetzt ist keinerlei Schuß der Arbeiterwilligen von Staatsseite zu beobachten gewesen.“ — Der letzte Schuß ist ein deutlicher Wink für die Entsendung von Polizei und eventuell Militär nach den Streikgebieten. Nach einer Meldung der Welt am Abend ist auf Aufforderung der Unternehmer im Reichenberger Revier bereits Gendarmerie in den Ort entsandt.

Polizeischutz für Streikbrecher

Halle, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Streikbewegung hat überraschend gut eingesetzt und sich heute noch im ganzen Gebiet ausgedehnt. Im Geiseltal wird verläßt, eine Grube in Gang zu halten, die das Leunaerwerk mit Kohle versorgen soll, dabei sind die größten Schwierigkeiten entstanden. Ein Angestellter, der als Streikbrecher arbeitete, zerstückelte sich die Hand. Verschiedene Maschinenanlagen wurden zerstört. Der Landrat von Querfurt hat nach dem Geiseltal harte Polizeimannschaften bringen lassen. Diese patrouillieren ab früh 4 Uhr vor den Werken auf und ab und beschließen die dort Streikbrecher, besonders auf der Leunaer Grube. Neulich lagen die Dinge im Oberbühnen Revier. Hier liegt fast alles still. Die Polizei ist ebenfalls schon in größeren Mengen entsandt. Im Bitterfelder Bezirk streikten alle Gruben still. Auf der Grube Golpa, die das Kraftwerk Schornewitz versorgt, streikten mit elektrischem Strom versorgt, mit Kohle beliefert, arbeiten im Auftrage der Streikleitung noch einige Mann.

Nach allen heute vorliegenden Nachrichten ist der Streik der Braunkohlenarbeiter geschlossen durchgeführt. 90 bis 95 Prozent der Belegschaften haben den Kampf aufgenommen. Von der energischen Durchführung des Kampfes, von der Solidarität der gesamten Arbeiterklasse für die Streikenden wird der Ausgang des Kampfes wesentlich mit abhängen. Die Kapitalisten vollführten eine wüste Heße gegen die streikenden Arbeiter. Allen voran die Tägliche Rundschau Strejmanns und die Leipziger Neuesten Nachrichten. Der Berichterstatter der Leipziger Neuesten Nachrichten erzählt seinen Lesern schon Gruselschichten über den Terror der Streikenden. Am Bahnhof von Wöhlen, so erzählt er, werde man von einem großen Trupp aufgehalten und ausgefragt. An allen Straßenecken wiederhole sich das gleiche. Gegen Arbeitswillige werde ein Terror ausgeübt. Die ruhige Belegschaft werde durch die Streikposten von der Arbeit abgehalten, da sie terrorisiert werde. Arbeitswillige seien von den Fahrrädern gestolzen. Lastkraftwagen seien angehalten, die Fensterkräben zerstört, die Führer verprügelt worden. Atende Elemente seien als Heher unter den Streikenden. Dann teilt dieser Berichterstatter mit, daß die Gewerkschaftsführer im Verein mit fünf Gendarmen versuchen, die Ordnung aufrechtzuerhalten, daß ihnen dieses aber nicht gelinge. Die Sprache ist klar: die Reaktion brüllt nach dem Einschlag der Polizei. Es ist die gleiche Methode, die von der bürgerlichen Presse immer gegen die um die Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfenden Arbeiter angewendet wird. So war es mit den Schwalbenmeldungen im Textilarbeiterstreik in Oelsitz. Nach

einer anderen Meldung der TU ist es nirgends zu Unruhen gekommen. Diese Meldung besagt: Nach den bei den einzelnen Landratsämtern, sowie bei der Regierung in Merseburg eingeholten Auskünften ist es bisher im ganzen mitteldeutschen Braunkohlenrevier zu ernstlichen Zwischenfällen im Verlauf der Streikbewegung nicht gekommen. Die Lage wird von der Regierung als durchaus ruhig bezeichnet.

Hier haben wir also wieder die gleiche Methode der bürgerlichen Presse: wüste Heße gegen die Arbeiter, im Interesse der Kapitalisten. Der Streik soll mit der bewaffneten Macht des Staates niedergestülzt werden. Die Arbeiter sehen aus dem Einschlag der Polizei, der Gendarmen und der Tena, daß der Apparat des „demokratischen“ Staates auf Seiten der Kapitalisten steht. Die Arbeiter werden durch diesen Kampf wieder eine Anzahl Millionen verlieren. Die Arbeiter haben mit dem Beginn des Kampfes ihren Entschluß gezeigt, gegen die Hunger- und Ausbeutungspolitik des Bürgerblocks entschieden Stellung zu nehmen. Sie haben den Kampf begonnen. Mit der breitesten Unterstützung der Massen muß dieser Kampf zu einem Erfolg für die Bergarbeiter werden.

Während jetzt in Mitteldeutschland 80 000 Bergarbeiter um ihr Stück Brot einen harten Kampf führen müssen, begeht die Sowjetunion die Feier ihres zehnjährigen Bestehens. Die Sowjetunion hat während der 10 Jahre ihres Bestehens alles unternommen, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. Gewiß, sie hat ihr Ziel noch nicht erreicht, das verkündete in seiner Rede auf der Feststellungskongress der Vorkämpfer des Rates der Volkskommissare. Aber die Sowjetunion marschiert vorwärts auf dem Wege zur Hebung der Lage der Arbeiter. 9 Jahre haben wir eine deutsche Republik, die Sozialdemokraten arbeiteten 9 Jahre mit den Kapitalisten zusammen zur Festigung der Macht des Kapitals. Die Folge ist die fortschreitende Verschlechterung der Lage der Arbeiter. Die Arbeiter und Bauern in Rußland besiegten die Kapitalisten, errichteten die Diktatur des Proletariats und haben seine Lage. Gerade jetzt, wo der gewaltige Kampf der Braunkohlenarbeiter die Lage in der Hindenburg-Republik beleuchtet, verkündet die Sowjetunion bessere Sozialfürsorge, bessere Löhne, die Einführung des 7-Stundentages. Auch die deutschen Arbeiter müssen erkennen, daß sie nur durch den vollständigen Sieg über die Kapitalisten den Weg zu ihrem Aufstieg freizumachen vermögen.

Ein Antrag der KPD-Reichstagsfraktion zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die kommunistische Reichstagsfraktion brachte gestern folgende Anträge ein: 1. Der Reichstag wolle beschließen: Die durch das Vorgehen der Unternehmer und des Reichsarbeitsministers zur Niederlegung der Arbeit gezwungenen Bergarbeiter des mitteldeutschen Braunkohlenreviers erhalten bis zur Beilegung des Konflikts Erwerbslosenunterstützung. 2. Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns behält nicht das Vertrauen des Reichstags, da seine jüngsten Reden der Unternehmer geübte Schlichtungsanstöße fortgesetzte Verschlechterungen der Lebenslage der Arbeiter zur Folge hat und sein arbeitserkennendes Verhalten zu den Forderungen der mitteldeutschen Bergarbeiter nur den Interessen der Unternehmer dient.

Die Polizei marschiert ein

Keine Aufschörungen durch die Streikenden.

Halle, 17. Oktober. (Telunion.)

Das Landratsamt in Weißenfels befragt dem Vertreter der TU, daß ein Schutzpolizeikommando aus Weißenfels nach Groß-Pagga entsandt wurde. Es wird aber ausdrücklich betont, daß es sich hierbei lediglich um eine vorbeugende Maßnahme handelt, zu irgendwelchen Zusammenstößen oder Kubelstörungen sei es, abgesehen von den üblichen Streiksituationen, nicht gekommen. Auch die Zusammenziehung von Landjägereibeamten hat lediglich den Zweck, etwaigen Kubelstörungen vorzubeugen und zur allgemeinen Beruhigung beizutragen. Nach Anfrage sowohl an Arbeitgeber, wie auf Arbeitnehmerseite ist die Streiklage in den ersten Abendstunden unverändert.

Einschlag der Technischen Nothilfe

Frankfurt a. d. O., 17. Oktober. (Telunion.)

Zur Sicherstellung der Kohlenversorgung für das Großkraftwerk Finkenheerd der märkischen Elektrizitätswerke ist heute die Technische Nothilfe eingeschlagen worden. Das Großkraftwerk versorgt fast die gesamte Provinz Brandenburg.

Löhne und Gewinne im Braunkohlengewerbe

Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier erhielten die Arbeiter seit dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums in diesem Sommer, der nur eine Prozentige Lohnaufbesserung gebracht hatte, als Höchstlohn bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit einschließlich aller sozialen Zulagen 6,50 Mark für die Schicht oder 33 Mark die Woche. Der durchschnittliche Lohn eines Braunkohlenarbeiters dürfte aber nur zwischen 5,20 Mark und 5,50 Mark die Schicht gelegen sein, der Wochenlohn daher etwa 27 Mark betragen haben. Die Arbeitszeit dagegen war eher in der Regel länger als 9 1/2 Stunden, und es gab in den Braunkohlenrevieren sowohl im Untertagebau als auch im Tagebau durch Überstundenzwang noch die 12stündige Arbeitszeit. Da im ostelbischen Revier über 27 000 Arbeiter beschäftigt sind, im mitteldeutschen Revier fast 41 000, so haben mit den Angehörigen etwa 300 000 Menschen unter den denkbarsten Lebensbedingungen zu existieren. In der Statistik der Gewerkschaften stehen auch die Braunkohlenarbeiter unter 24 Lohnkategorien an letzter Stelle.

Die Bergarbeiter fordern jetzt eine Erhöhung der Löhne um 80 Pf. pro Schicht, eine Lohnerhöhung um etwa 12 Prozent. Diese Lohnforderung ist angesichts der Preissteigerungen und der Mieterhöhungen seit Sommer dieses Jahres zweifellos sehr niedrig gehalten. Trotzdem sah das Reichsarbeitsministerium einen Schiedspruch vor, der eine Lohnaufbesserung nur um 25 bis 35 Pf. pro Tag, also etwa nur um 5 Prozent, gebracht hätte. Die Gewerkschaftsleitung wiederum ist in den Verhandlungen laut Bericht der bürgerlichen Presse von der Forderung auf 80 Pf. Erhöhung pro Schicht auf eine Forderung von etwa 50 Pf. pro Schicht herabgegangen. Das würde eine Lohnerhöhung sein, die in Anbetracht der dauernden Preissteigerungen gegenüber diesem Sommer nicht eine Besserung des Realeinkommens des Bergarbeiters, sondern nur eine Angleichung seines Realeinkommens an die wachsende Teuerung bringen würde. Das Ziel der Gewerkschaftsführer ist demnach eine Stabilisierung der elenden Lebenslage der Braunkohlenarbeiter auf dem Niveau Sommer 1927, eine darüber hinausgehende, auch nur minimale Besserung wird von ihnen preisgegeben.

Der preussische Schiedsrichter aber erklärte im Namen und im Einverständnis mit dem Reichsarbeitsminister, dem Zentrumsmann und Pfaffen Dr. Brauns, selbst diesen ermäßigten Forderungen der Gewerkschaftsführer nicht stattgeben zu wollen. Als Sprecher der Unternehmer machte er eine eventuelle Einwilligung in diesen Vorschlag von einer Preissteigerung für Braunkohle, also von einer neuen allgemeinen Teuerungswelle, die auch ein gesteigertes nominelles Lohnniveau der Braunkohlenarbeiter trotz wettmachend mächte, abhängig. Dabei müßte diese Preissteigerung für Hausbrandbriketts beispielsweise bis zu 10 Pf. betragen, damit angeblich die durch Lohnsteigerung geschaffenen, sonst „untragbaren“ Mehrkosten ausgeglichen würden. Tatsächlich würde die Preissteigerung um 10 Pf. pro Hausbrandbriketts den Unternehmern großen Mehrgewinn bringen. Denn selbst wenn die Forderung der Braunkohlenarbeiter auf eine Steigerung ihrer Löhne um 80 Pf. pro Schicht voll erfüllt würde, würde die Belastung für den Zentner Briketts nur 4 bis 5 Pf. ausmachen. Das heißt selbst bei voller Erfüllung der Arbeiterforderungen würden die Unternehmer bei einer Preissteigerung bis zu 10 Pf. für Hausbrandbriketts einen Mehrgewinn pro 6 Pf. für den Zentner heraus schlagen.

Die Unternehmer erklären, selbst bei den jetzigen Lohnverhältnissen ohne Kohlenpreissteigerung nicht mehr existieren zu können. Dazu schrieb die bürgerliche Volkszeitung am 16. Oktober:

„Daß im Spandau als Ganzem noch manche Million zugunsten einer besseren Entlohnung gespart werden könnte, haben eben erst die Vorgänge gezeigt, die durch die gestern in der Volkschen Zeitung veröffentlichte Denkschrift des Geheimrats Caro bekannt geworden sind. Wenn durch die Finanzierung von Cafés, Bierereien, Schneidereien... aus Geldern des ostelbischen Braunkohlenindustrials allein 3 Millionen Mark verloren gegangen sind, und aus weiteren abwertigen Spandauergeschäften noch einmal eine Million, so bedeutet dieser Verlust den Gegenwert des Wertpapiers von 300 000 T. Braunkohlenbriketts. Diese Verlustsumme würde allein, auf den Arbeiter umgerechnet, 65 Mark jährlich ausmachen, also ein Drittel von dem, was die Arbeiter wohl als Lohnaufbesserung kampflos hingenommen hätten.“

Aber auch diese „Verlustsummen“ eingerechnet, bleiben die Gewinne der Braunkohlenunternehmer ansehnlich; und der beste Beweis für die außerordentliche Profitmacherei der Braunkohlenunternehmer ist die riesige Ausdehnung,